

1. MAI 2019

Rede von Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

Es brennt : beim Klima, im sozialen, bei der Gleichstellung

In diesem Frühjahr hat die Jugend in vielen Ländern den Weg zurück auf die Strasse gefunden. Die Grösse der Bewegung ist beeindruckend. Der Verlust an Artenvielfalt, die Klimaerwärmung, die Verschmutzung der Nahrungsmittel, die wir essen und der Luft die wir atmen – all das nehmen sie nicht mehr als gottgegeben hin. Die politische Dimension dieser Phänomene wird so gestärkt. Das bedeutet, dass das auf der Kapitalakkumulation und der Marktliberalisierung gründende Wirtschaftssystem, das diese katastrophalen Konsequenzen verursacht, heute auf breiter Front in Frage gestellt wird. Es wird nicht mehr als einzig mögliches System wahrgenommen. Das Gegenteil ist der Fall. Breite Kreise der Bevölkerung denken gar, dass dieses System unmöglich zu halten ist. Und immer weniger Menschen denken, dass es keine Alternative gibt. Damit ist klar: wir befinden uns wieder mitten in einer Debatte über die grundlegenden Fragen unseres Wirtschaftssystems.

Klar gibt es in dieser Bewegung auch eine Dosis Inkonsequenz, Scheinheiligkeit und Überängstlichkeit. Doch das grosse Verdienst der Bewegung ist es, das Feld der politischen Debatte zu erweitern und einen Weg zu zeigen, raus aus Fatalismus und Resignation. Die Bewegung politisiert und mobilisiert die Jugend und neue Gesellschaftsschichten. Sie übt einen neuen Druck aus auf die Mächtigen. Das Gefühl der Dringlichkeit in Bezug auf das Klima, das unsere Jugendlichen ergriffen hat ist positiv und erfreulich.

Doch wir müssen nun die Tausende von Jugendlichen, die sich für die Natur und das Klima einsetzen, schrittweise auch an die Umzüge zum 1. Mai oder an andere gewerkschaftliche Aktionen heranführen. Denn wir leben in einer Zeit, die der es nicht nur beim Klima brennt. Es brennt auch woanders, an einer Frage, die wir gut kennen und die wir angehen müssen, da wir sonst nichts Entscheidendes tun können fürs Klima: es ist die soziale Frage.

Erstmals seit Jahrzehnten wird Europa durch eine soziale Krise erschüttert von der nicht nur Millionen Menschen betroffen sind, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wurden. Diesmal sind auch die Arbeitnehmenden selber betroffen. Dutzende Millionen arbeiten in Europa Vollzeit und haben trotzdem Angst, ihre Miete nicht bezahlen oder ihre Kinder bis Ende Monat anständig versorgen zu können. Es sind keine Randständigen oder eine Minderheit von Working poor. Es sind grosse Massen von Arbeitnehmenden. In Frankreich zum Beispiel verdienen 50 Prozent der Arbeitnehmenden trotz Vollzeitarbeit weniger als 1780 Euro. Das sind weniger als 2000 Franken. Wir sprechen hier von der sechstgrössten Volkswirtschaft der Welt. Das gibt uns etwa eine Vorstellung über die Lage in ärmeren EU-Ländern oder ärmeren Regionen der Welt.

Bei den Rentnerinnen und Rentnern präsentiert sich die Situation nicht besser. Während die so genannt entwickelten Länder das Rentenalter immer weiter erhöhen, stagnieren die Renten und liegen in vielen Ländern – selbst sehr reichen – unter der Armutsgrenze. Wir müssen hinhören, wenn Frauen und Männer aus den reichsten Ländern der Welt uns mit bewegter Stimme erklären, dass sie nicht verstehen, wie sie nach einem vollen Erwerbsleben mit weniger als 1000 Euro durchkommen sollen.

Bei uns ist die Lage selbstverständlich etwas besser. Vor allem dank den Gewerkschaften und der Linken. Dank der direkten Demokratie und dank unseren Kämpfen haben wir die zentrale Errungenschaft der AHV erhalten und den Arbeitsmarkt eher reguliert als das Gegenteil. Doch es ist nicht alles gut in der Schweiz. Die zweite Säule enttäuscht immer mehr. Die Pensionskassenrenten stagnieren nicht, nein sie sinken sogar. Während allein zwischen 2013 und 2017 fast 180 Milliarden Franken Kapital zusätzlich angehäuft wurden, senken die «Experten» laufend die Renditeperspektiven und drängen uns unablässig, Leistungskürzungen hinzunehmen. Und die Krankenkassenprämien, diese ungeheuren Steuern, die viele Haushalte und Normalverdiener plagen, schaffen den Boden für eine soziale Krise auch hier in der Schweiz. Wir müssen unbedingt die Prämienbelastung auf 10 Prozent pro Haushalt begrenzen, so wie es die vom SGB unterstützte Initiative vorschlägt und so wie wir es im Kanton Waadt beschlossen haben.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, weder die Globalisierung noch die europäische Einigung spielen eine glückliche Rolle zurzeit. Schlicht und einfach weil sich beide vor allem auf der Grundlage von liberalen Marktkonzepten entwickeln. Ohne Richtungswechsel werden sich so Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit durchsetzen. Deshalb befinden sich die Schweizer Gewerkschaften nicht auf nationalistischen Pfaden, wenn sie zusammen mit ihren europäischen Schwestergewerkschaften Nein sagen zu einem Rahmenabkommen mit der EU, das unseren bereits heute ungenügenden Lohnschutz schwächt und den öffentlichen Dienst bedroht. Im Gegenteil. Wir zeigen bloss die Richtung an, welche diese grossen Projekte der internationalen Zusammenarbeit und der europäischen Integration einschlagen müssen, um nicht an die Wand zu fahren.

Die soziale Frage gewinnt überall an Dringlichkeit. Es braucht neue soziale Schutzmassnahmen. Bereiten wir den Moratorien und dem Abbaus à la Hartz 4, wie sie überall in den westlichen Ländern um sich gegriffen haben, ein Ende. Wenn die Sparguthaben immer neue Rekordhöhen erreichen, die Investoren bei der Suche nach Investitionsmöglichkeiten verzweifeln, während grundlegende Bedürfnisse von Millionen Menschen ungestillt bleiben, ist ein Umbau der Produktionsmittel nötig, der sie in Einklang bringt mit der Klima-Herausforderung. In diese Richtung muss das Kapital bewegt werden. Der Markt alleine wird es nicht richten. Es braucht starken öffentlichen Druck und soziale Verhandlungen.

Der Kampf gegen den Klimawandel und der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit sind eng miteinander verknüpft und können nicht getrennt werden. Wer in der heutigen sozialen Lage Umweltschutz über den Markt und Steuern betreiben will, wird Widerstand ernten und scheitern. Wir müssen den Klimanotstand und die soziale Frage gleichzeitig angehen, indem wir demokratisch legitimiert das politische Heft bei der Gestaltung der grundlegenden Entwicklung unserer Volkswirtschaften wieder in die Hand nehmen.

Doch liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Genossinnen, liebe Genossen, es brennt noch an einer anderen Stelle. Wir müssen endlich mit der grössten Ungerechtigkeit aufräumen, unter der die Menschheit in ihrer gesamten Geschichte gelitten hat und auch heute noch leidet. Diese Ungerechtigkeit hat bis vor nicht allzu langer Zeit auch bei uns aus der Hälfte der Bevölkerung Wesen

zweiter Klasse ohne Rechte gemacht, zum Besitztum von Männern. In vielen Ländern gilt das immer noch. In vielen Ländern, mit denen wir demokratische Länder ohne weiteres wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen pflegen, werden heute noch Frauen eingesperrt, ausgepeitscht und hingerichtet, nur weil sie in Freiheit leben wollen, weil sie das elementare Grundrecht einfordern, über ihren eigenen Körper verfügen zu können und diesen nicht wie ein Schamobjekt verhüllen wollen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weder der Sklavenhandel, noch die Apartheid sind aus unserer Welt verschwunden. Noch immer sind Millionen Frauen davon betroffen. Das ist inakzeptabel.

Bei uns in der Schweiz und in den Ländern, wo die Frauen die rechtliche Gleichstellung erkämpft haben, verdienen die Frauen nach wie vor weniger und erhalten später weniger Rente. Sie führen die Liste der Opfer von Tötungsdelikten an. Und noch immer werden diese Taten auf Französisch als «crime passionnel» verharmlost, also als Verbrechen verübt aus Leidenschaft. Die Frauen müssen sich zu oft fürchten – ob auf der Strasse oder daheim. Sie sind zu oft Opfer von Schmähungen, Aggressionen oder gar von Vergewaltigung. Sie tragen noch immer unentgeltlich das Gros der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen. Und die Berufe, die sie ausüben, werden zu wenig gut entlohnt und gehören zu den härtesten, die es gibt.

Die Ungerechtigkeit, die die Frauen erleiden ist die älteste und die schlimmste Ungerechtigkeit in der Geschichte. Sie muss durch unseren gemeinsamen Kampf gestoppt werden. Deshalb braucht es am 14. Juni für den Frauenstreik das Engagement der Frauen und die Solidarität der Männer.

Voilà. Das sind drei dringliche Brandherde, drei Gründe sich weiterhin und noch mehr für soziale Gerechtigkeit und eine zivilisierte Welt einzusetzen.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident